

Ursula Kähler**Keine Zerschlagung der Sparkassenstruktur**

Zu den Äußerungen des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Caio Koch-Weser, Fusionen auch zwischen Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen zuzulassen und dazu das Regionalprinzip zu überprüfen, erklärt die SPD-Landtagsabgeordnete Ursula Kähler, die auch Vorsitzende des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist:

Diskussionen um Strukturen von Sparkassen können nicht im Interesse unserer Schleswig-Holsteinischen Sparkassen und schon gar nicht ihrer Kunden sein. Auch wenn es für den deutschen Finanzsektor wichtig und richtig ist, den Finanzplatz Deutschland im EU-Binnenmarkt stark zu positionieren, darf dies keinesfalls dazu führen, eine leichtfertige Diskussion zu beginnen, in der eine Überprüfung des Regionalprinzips gefordert wird.

Durch solche Forderungen wird die bisherige Position der Bundesregierung grundlegend verändert. Dies können wir nicht hinnehmen. Die Forderung des Staatssekretärs hätte zur Folge, dass eine Auflösung der Verbundzusammenarbeit von Sparkassen und Genossenschaftsbanken eingeleitet würde. Wer die Bankenlandschaft kennt, weiß, dass insbesondere eine gesicherte Finanzierung der kleinen und mittleren Betriebe auf der Strecke bliebe.

Die Sparkassen sind bis heute effizienter als private Bankkonzerne, und sie genießen das höchste Vertrauen im deutschen Bankenmarkt. Das Regionalprinzip führt zu wesentlich besserer Kenntnis eingegangener Risiken vor Ort, weil Sparkassen auch strukturschwachen Regionen nicht ausweichen können.

Der ehemalige Vorstandschef der Deutschen Bank, Dr. Rolf Breuer, hat vor nicht allzu langer Zeit wieder einmal laut gedacht: Er hat zugegeben, dass private Banken ohne die Sparkassen höhere Preise durchsetzen und damit höhere Gewinne machen könnten. Das heißt im Umkehrschluss ja wohl: Wo es keine starken Sparkassen gibt, zahlen Verbraucher und kleine Betriebe die Zeche – und das kann ich als verantwortungsbewusste Politikerin nicht wollen.

Der wichtige Beitrag der Sparkassen zur Kreditversorgung, insbesondere von Privatkunden, Kommunen und Mittelstand, wird gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten deutlich. Würden öffentlich-rechtliche Sparkassen durch Privatisierung zerstört oder würde durch sogenannte „Öffnungsklauseln“ der Weg dahin vorbereitet, zahlten viele Menschen die Zeche, und die kleinen und mittleren Betriebe würden einen äußerst verlässlichen Partner verlieren.

Ich fordere die Bundesregierung auf, zu den Äußerungen ihres Finanzstaatssekretärs öffentlich Stellung zu nehmen.